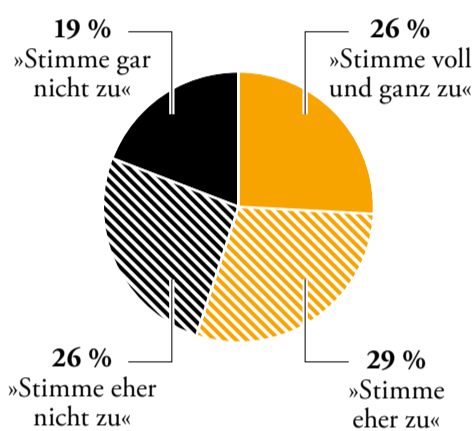


Wollen die Deutschen noch hinschauen?

Eine von der ZEIT beauftragte Umfrage zeigt: Die Erinnerung an den Nationalsozialismus ist umkämpfter denn je. Ihre rechten Feinde radikalisiert sich – während das Geschichtsbewusstsein in der konservativen Mitte langsam nachlässt VON CHRISTIAN STAAS

»80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sollten wir Deutschen einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen.«



Was von den Ermordeten geblieben ist: Eine Besucherin betrachtet in der Gedenkstätte Auschwitz eine Sammlung Abertausender Schuhe

Weitere Infografiken zur Umfrage finden Sie auf der Rückseite

Die vollständigen Umfragedaten sind online unter www.zeit.de/ns-umfrage-2025 einsehbar, die Vergleichszahlen von 2020 unter www.zeit.de/ns-umfrage

Werschiebt sich da etwas? »80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sollten wir Deutschen einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus ziehen.« Dieser Aussage stimmen laut einer repräsentativen Studie des Instituts policy matters vom Januar dieses Jahres 55 Prozent der Befragten »eher« oder »voll und ganz« zu. Als die ZEIT dieselbe Frage vor fünf Jahren stellen ließ, waren es 53 Prozent. Beide Male haben die Meinungsforscher rund eintausend Frauen und Männern ab 14 Jahren einen umfangreichen Katalog vorgelegt, um ihre Einstellung zur NS-Vergangenheit zu messen.

Eine Zunahme um zwei Prozentpunkte – das, ließe sich argumentieren, ist zu vernachlässigen. Doch die Antworten auf die Schlussstrich-Frage deuten nicht als einzige darauf hin, dass sich die deutsche Gesellschaft von ihrer viel gepriesenen Erinnerungskultur zu entfernen beginnt.

»Die ständige Erinnerung an den Nationalsozialismus verhindert, dass die Deutschen ein gesundes Nationalbewusstsein entwickeln«, finden 59 von 100 Befragten. Im Jahr 2020 lag der Anteil bei 56 Prozent; 2010, ebenfalls in einer von der ZEIT beauftragten Untersuchung, waren es 44.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Aussage, dass die Zeit des Nationalsozialismus »viel zu einseitig und negativ dargestellt« werde; sie habe auch »ihre guten Seiten gehabt«. Mehr als jeder Vierte (28 Prozent) hält dies für »eher« oder »voll und ganz« richtig. Vor fünf Jahren sahen das nur 22 Prozent so.

Nicht zuletzt hegt eine zunehmende Zahl von Deutschen den Verdacht, man könne »seine Meinung über die NS-Vergangenheit in Deutschland nicht ehrlich sagen«. Zustimmung heute: 45 Prozent; Zustimmung vor fünf Jahren: 42 Prozent.

Wie es in Umfragen zum Blick auf die NS-Zeit seit Jahren der Fall ist, weisen die Zahlen jedoch nicht nur in eine Richtung. So passen die 55 Prozent Zustimmung zu einem Schlussstrich nur bedingt zu anderen Befunden: etwa dazu, dass unverändert zwei Drittel der Befragten angeben, mehr über die NS-Geschichte wissen zu wollen; bei denjenigen mit Migrationshintergrund sind es sogar 74 Prozent. Gleichfalls unverändert sagen fast drei Viertel über sich, durch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus für »Ausgrenzung und Ungerechtigkeit« sensibilisiert worden zu sein. Ebenso unstrittig ist, dass die Deutschen Diktatur und Holocaust nicht in Vergessenheit geraten lassen dürfen.

Offenbar – das war schon 2020 zu vermuten (ZEIT Nr. 19/20) – empfindet es eine wachsende Zahl von Deutschen nicht als Widerspruch, sich zu erinnerungskulturellen Glaubenssätzen zu bekennen, die Erinnerung selbst aber für erfolgreich absolviert zu halten. Strich drunter, das haben wir erledigt. Dass noch immer mehr als die Hälfte der Befragten der entlastenden Legende glauben, NS-Verbrechen seien allein von einer kleinen Clique von Tätern begangen worden, spricht zwar nicht für eine tiefere Kenntnis der Geschichte. Anderen Ländern die erbrachte Aufarbeitungsleistung als Vorbild zu

empfehlen, wie es 67 Prozent tun, steht dies aber augenscheinlich nicht im Wege.

Erhellend ist überdies die detaillierte Aufschlüsselung der Daten. Wie schon 2020 zeigen sich (von wenigen Ausnahmen abgesehen) keine wesentlichen Unterschiede zwischen Ost und West und eher marginale Abweichungen zwischen Deutschen aus migrantisch und nicht migrantisch geprägten Familien. Umso markanter treten die Differenzen zwischen den Wählermilieus hervor. Der Blick auf die Geschichte ist mehr denn je politisiert. Die deutsche Erinnerungskultur ist keine überparteiliche Veranstaltung, kein betoniertes Stelenfeld und keine Kranzabwurfstelle, sondern ein offenes, umkämpftes Terrain.

Die turbulenten fünf Jahre seit der Umfrage von 2020 haben dies deutlich vor Augen geführt: Die Zeiten des deutschen Behagens an der eigenen Erinnerungs-Meisterschaft sind unwiederbringlich vorbei. Die AfD hat ihr Wahlergebnis seit 2021 verdoppelt. Die »Zeitenwende«, die Bundeskanzler Olaf Scholz 2022 nach dem russischen Überfall auf die Ukraine ausrief, stellte den Kernsatz des deutschen Geschichtsbewusstseins – »Nie wieder!« – zur Debatte: Kann man im Angesicht von Putins Attacke Frieden um jeden Preis anstreben, oder muss man »kriegstüchtig« werden gegen die Feinde der 1945 gewonnenen Freiheit? Gleichzeitig schwebte der »Historikerstreit 2.0« über das Verhältnis von Kolonialgewalt und Holocaust.

Nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 schließlich eskalierte die Auseinandersetzung über das Verhältnis zu Israel und die Frage, inwiefern die Kritik postkolonialer Wissenschaftler und Aktivisten die Schwelle zum Antisemitismus überschreitet. Zuletzt geriet im Frühjahr 2024 die grüne Kulturstatsministerin Claudia Roth in Bedrängnis, als ihr die Gedenkstättenleiter der Republik vorwarfen, ihr Vorstoß, der NS- und DDR-Erinnerung weitere Themen zur Seite zu stellen, könne »als geschichtsrevisionistisch im Sinne der Verharmlosung der NS-Verbrechen verstanden werden.« Seit dem Neunzigerjahren – mit dem Streit um die Wehrmachtausstellung und das Holocaustmahnmal, Martin Walsers Friedenspreisrede und Joschka Fischers Ja zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr mit dem Argument »Nieder wieder Auschwitz« – ist die Geschichte nicht mehr in so geritztem Ton auf die politische Bühne gezerrt worden.

Dies schlägt sich auch in den nun erhobenen Zahlen nieder. Denn die eingangs skizzierte Verschiebung verdankt sich nicht einer allgemeinen, graduellen Drift. Dahinter zeichnet sich ein anderes Muster ab: das einer allmählichen Polarisierung. So ist die Wählerschaft der AfD nicht nur gewachsen, sondern hat sich auch radikalisiert. Gleichzeitig sind die Anhänger von Union und FDP tendenziell von der Erinnerungskultur abgerückt. Die Wähler der SPD, der Grünen und der Linken hingegen bekennen sich entschiedener zu ihr als vor fünf Jahren.

Beispiel Schlussstrich: Ihn fordern heute 90 Prozent der AfD-Anhänger; 2020 waren es 80. Bei den Unions-Wählern ist die Zustimmung von 55 auf 58 Prozent geklettert. Links der Mitte lässt sich die entgegengesetzte Tendenz beobachten: Bei den Wäh-

lern der Grünen schrumpfte der Anteil der Schlussstrich-Befürworter von 33 auf 20 Prozent, bei denen der SPD von 50 auf 42, bei denen der Linken von 31 auf 28 Prozent.

Ähnlich verhält es sich bei der Aussage, dass die »ständige Erinnerung« ein »gesundes Nationalgefühl« verhindere. Im grünen Milieu sank der Zuspruch besonders stark (von 38 auf 22 Prozent), während er bei den AfD-Wählern von 80 auf 87 und der auf ihren harten Kern zusammengeschnurrten FDP-Wählerschaft von 46 auf 74 Prozent anwuchs. Bei den Befragten mit Unionspräferenz gingen die Werte auf hohem Niveau etwas zurück (von 63 auf 61 Prozent).

Zulauf hat unter den Unionswählern derweil die Vorstellung gefunden, die NS-Herrschaft habe »auch ihre guten Seiten« gehabt. Hier stieg die Zustimmung von 23 auf 25 Prozent. Unter den Anhängern der FDP nahm sie sogar von 10 auf 49 Prozent zu, im AfD-Milieu liegt sie stabil bei 58. Im sozialdemokratischen, linken und grünen Spektrum rangieren die Werte hingegen mit 21, 13 und 6 Prozent unter denjenigen von 2020.

Am größten ist die Israel-Solidarität bei Grünen- und Linken-Wählern

Der leichte vergangenheitspolitische Rechtsruck in der Gesamtbevölkerung ist also maßgeblich auf die AfD zurückzuführen. Die geschichtspolitische Agenda der Parteiideologen spiegelt sich dabei, wie bereits vor fünf Jahren, nahezu bruchlos in den Haltungen derer wider, die ihnen ihre Stimme geben.

Hinzu kommt, dass sich die Wählerschaft der Union in einigen Punkten nach rechts bewegt hat. 46 Prozent stimmen indirekt Alexander Gaulands Wort vom »Vogelschiss« zu, wenn sie »eher« oder »ganz und gar« der Meinung sind, dass »gemessen an ANZEIGER der langen Geschichte unseres Landes [...] die

zwölf Jahre Nationalsozialismus in der öffentlichen Auseinandersetzung einen viel zu großen Stellenwert einnehmen«, das sind fünf Prozentpunkte mehr als 2020.

Auch dieses Stimmungsbild passt durchaus zur Parteilinie. So erwähnt das Wahlprogramm der Union, wie der Leiter der Gedenkstätte Buchenwald Jens-Christian Wagner vor der Wahl im Februar monierte, an keiner Stelle explizit den Holocaust, während es umso ausgiebiger Kultur und Brauchtum der Heimatvertriebenen würdigt. Geradezu geschichtsvergessen schließlich wirkte Friedrich Merz' Asyl-Abstimmung mit der AfD am Tag des Holocaustgedenkens im Deutschen Bundestag.

Die Befragung von policy matters war zu diesem Zeitpunkt gerade abgeschlossen. Auch die flammende Gegende im Parlament hatte also keinen Einfluss auf das Ergebnis. Schon vor dem Eklat im Bundestag hat ein selbstkritisches Geschichtsbewusstsein angesichts des gesellschaftlichen Rechtsrucks vor allem in den linken und linksliberalen Milieus der Bundesrepublik vermehrt Verteidiger gefunden.

Das ist vielleicht wenig überraschend, angesichts der jüngsten Debatten aber doch bemerkenswert. Denn plausibel schien zuletzt eine andere Erzählung: dass die deutsche Erinnerungskultur in einer Zangenbewegung von rechts wie von links infrage gestellt werde. Von rechts mit dem Ziel einer »erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad«, wie Björn Höcke es 2017 formuliert hatte. Von links durch eine internationale, propalästinensische Szene, die das postkoloniale Denken gegen die angebliche Siedlerkolonie Israel in Stellung bringt und in der Holocaust-Erinnerung ein Hindernis erblickt, das es im Namen des anticolonialen Befreiungskampfes abzuräumen gelte: »Free Palestine from German guilt.«

Tatsächlich hat 2021 namentlich der Genozidforscher A. Dirk Moses mit seiner viel diskutierten Polemik *Der Katechismus der Deutschen* den Verdacht genährt, die postkoloniale Szene richte den rechten »Schuld kult«-Vorwurf nun auf links gekrempt gegen das Holocaustgedenken. Und seit dem 7. Oktober ist die Zahl antisemitischer Übergriffe in Deutschland beunruhigend gestiegen. Anders jedoch als die rechte Geschichtspromaganda übertragen sich die verbalen Ausschreitungen eines A. Dirk Moses und die tätlichen Attacken militanter Pro-Palästina-Extremisten nicht in die Breite eines ganzen politischen Milieus. Der lautstarke, auch gegen das Holocaustgedenken gerichtete Israel-Hass, der in Teilen einer sich als postkolonial verstehenden Linken grassiert, ist den Umfrageresultaten nach nicht repräsentativ für die Wähler links der Mitte.

Die Befragung ergibt sogar, dass die Israel-Solidarität dort besonders fest verankert ist. »Aufgrund der Verfolgung der Juden in der NS-Zeit hat Deutschland die Verpflichtung, für das Existenzrecht Israels einzutreten.« Dieser Aussage – und damit Angela Merks »Staatsräson« – schliesen sich gerade einmal 45 Prozent aller Befragten »voll und ganz« oder »eher« an. Unter Unions- und SPD-Anhängern sind es immerhin 51 Prozent, bei denen der AfD nur 31. Die höchsten Werte dagegen finden sich bei den Wählern der Grünen (57 Prozent) und der Linken (66 Prozent).

Nicht anders sieht es hinsichtlich der »Zeitenwende« aus. Historische Urteilskraft beweist auch hier vor allem der linke und linksliberale Teil der Gesellschaft. »Wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung für die Verteidigung der Ukraine, nicht zuletzt aufgrund der dort verübten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg.« Zustimmung, »voll und ganz« und »eher«, nach Parteipräferenz: AfD 18 Prozent, CDU/CSU 45, SPD 50, Grüne und Linke 57. Wobei anzumerken ist: Hätte sich das Bündnis Sahara Wagenknecht nicht abgespalten, sähen die Aussagen der Linken-Wähler anders aus. Vergangenheitspolitisch stehen die BSW-Anhänger in der Umfrage fast durchgängig zwischen Union und AfD.

Optimistisch stimmen vor dem Hintergrund der Attacke von rechts und einer schleichenden Erosion in der konservativen Mitte insbesondere die Werte der jüngsten Befragten, der 14- bis 19-Jährigen. 84 Prozent wollen mehr über die Geschichte des Nationalsozialismus erfahren (vor fünf Jahren waren es 74 Prozent). Und häufiger als die älteren Generationen geben sie an, dass Besuche in Gedenkstätten prägend für sie waren.

Ein grundlegender Wandel ist allerdings auch in dieser Altersgruppe augenfällig: bei den Medien, die sie nutzen. 61 Prozent sagen, dass »Informationen und Artikel aus dem Internet und aus sozialen Netzwerken« für ihre Kenntnisse über den Nationalsozialismus eine »sehr große« oder »große« Rolle spielen – mehr als in der Kohorte der 20- bis 44-Jährigen und sehr viel mehr als bei den Befragten über 45.

Längst ist im Digitalen ein schwer zu überschauender Tummelplatz entstanden, auf dem Geschichte diskutiert, emotional aufgeladen, propagandistisch verfälscht, aber auch für eine neue Generation didaktisch aufbereitet wird. Parallel zum Sterben der letzten Zeugen könnte sich dies als der größte erinnerungskulturelle Umbruch der Gegenwart erweisen.

Einen Eindruck, wie das Holocaustgedenken auf Social Media funktioniert, gewinnt, wer bei TikTok den Hashtag #auschwitz eingibt, unter dem sich durch mehr als 22.000 Einträge scrollen lässt, von einem Filmchen mit dem Titel »Du wachst in Auschwitz auf«, das den Lageralltag aus der Ich-Perspektive simuliert (daneben ein zerbrochenes Herz), bis hin zu mit Popmusik unterlegten Gängen durch die Gedenkstätte und dem Video einer Schülerin, die erzählt, was sie gern gewusst hätte, bevor sie das ehemalige Konzentrations- und Vernichtungslager besucht hat.

Die heillose Mischung aus im Sekundentakt bekundeter Betroffenheit, Verheißungen eines ultimativen Horrortrips und zufälligen Zeitzeugenschnipseln ist ein Mahnmal eigener Art, mit Emoticons und Kommentar-Buttons über den Bildern von Lagerbaracken, Krematoriumsöfen und Zyklon-B-Behältern. 80 Jahre nach Kriegsende ist der Holocaust online zum Kommentar für alle freigegeben.

Auch hier verschiebt sich etwas. Und auch im digitalen Raum werden die Deutungskämpfe ausgefochten, die in den vergangenen fünf Jahren einen Teil der Deutschen von der Erinnerungskultur fort- und einen anderen zu ihr hingetrieben haben. Nicht zuletzt die Geschichtswissenschaft wird genau hinschauen müssen.

Der deutsche Weltbürger

Jetzt gratis lesen:
www.zeit.de/zg-heft
Der Podcast zum Magazin:
www.zeit.de/zg-podcast